Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Pränumerationspreis vierteljährlich M. 2,00, durch die Post M. 2,75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereinsanzeigen oder nach Gerichtssachen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Hauptexpedition Nr. 11.

# Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

**Meyer's** Joppen von 6 M. an, Schlafröcke von 12 M. an.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.,** Frauenstr 4 u. 5.

**Aepfelwein,**
Garantie für Glanzhelle und Reinheit.
à Liter 35 Pfg.
Adolf Kuchenbuch
Obstkelterei,
Niederlössnitz b. Dresden.
Garantie: Kostenfreie Zurücknahme.

**Lederwaaren-Specialität!**
Photographie-Albums. — Damentaschen.
— Reise-Artikel. —
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2 (nächst dem Altmarkt).

MATTONI's GIESSHÜBLER SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden.
MOHRENAPOTHEKE, Firnsischer Platz,
WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11,
KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

**W. Höffert,**
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Pragerstrasse 49, I. Etage.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

**Prof. Dr. Jäger's Original-Normal-Leibwäsche** empfiehlt in grösster Auswahl die concessionirte Haupt-Niederlage **Jean Schieme Nachf.,** 26 Schloss-Strasse 26.

**Nr. 177. Spiegel:** Herr von Scholz, Finanzminister Miquel, Militärvorlagedebatte, Helgolands Erwerbung. Hofnachrichten, Abgg. Gehlert und Bebel, Raubmordversuch, Kirchen- und Pastoralconferenz, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Ein toller Einfall". | **Donnerstag, 26. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Gierth in Dresden.

**Miquel und Scholz** — diesen beiden Namen wird man in den nächsten Tagen unzählige Male begegnen. Von dem früheren Finanzminister Preußens, Herrn v. Scholz, wird es jedoch binnen einer kleinen Weile still sein. Auch von ihm gilt das Wort: Wer in Preußen einmal gegangen ist, kehrt nicht wieder. Herr v. Scholz verschwindet in's Privatleben, er wird sich weder von in- noch ausländischen Journalisten interviewen lassen, sondern sich der Heilung seines Augenleidens widmen. Sonst ist er ein noch rüstiger Mann von 56 Jahren, im vorigen Jahre wurde er sogar zum „jüngsten Leutnant", natürlich in der Reserve, befördert. Auch seine Gegner zollen seinem Fleiße und seiner Begabung Anerkennung, er beherrschte sein Ressort vollständig, hielt den preußischen Staatshaushalt in Ordnung und beseitigte das Defizit. Wie Hr. v. Scholz dies aber that, das war die schwache Seite seiner Amtsführung. Ein gelehriger Schüler des Fürsten Bismarck, ging er auf alle seine Finanzpläne ein und schmiegte sich ihnen, so oft sie auch wechselten, immer wieder neu an. Namentlich eignete er sich auch Bismarcks Grundsatz an: für den augenblicklichen Geldbedarf zu sorgen, ohne sonderlich nach der Art und Wirkung der Beschaffungsmittel zu fragen. So verfocht er das Tabaksmonopol, dieses „letzte Ideal" Bismarcks, und das Branntweinmonopol; er scheiterte mit Beiden. Die Einführung einer bescheidenen Börsensteuer war ein kleiner Erfolg des Finanzministers; durchaus Unbefriedigendes leistete er betreffs der Reform der in den ärgsten Verfall gerathenen Zuckersteuer. Mit Ach und Krach brachte er die Branntweinsteuerreform durch. In alledem führte er die Gedanken des früheren Reichskanzlers aus. Er gerieth aber mit ihm zuletzt in einen unlösbaren Widerspruch, als er die preußische Einkommensteuer reformiren wollte und darin die Selbsteinschätzungspflicht aufnahm. Hr. v. Scholz hatte einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, das preußische Gesammtministerium demselben zugestimmt und der König von Preußen den Entwurf mit seiner Unterschrift versehen. Denn ausdrücklich hatte die Thronrede die Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfs dem Landtage verheißen. Da geschah, vorvorige Ostern, das Unerwartete: der Landtag wurde geschlossen, ohne daß ihm der Entwurf zuging. Dieser verschwand in der Versenkung. Fürst Bismarck, ein Feind der Selbsteinschätzung, hatte seinen Willen durchgesetzt und den Kaiser zum Verzicht auf den Entwurf bewogen. Es war die letzte Kraftprobe Bismarcks; vielleicht stammt von damals, als er sich erfolgreich zwischen die Verhetzung und die Erfüllung der Thronrede stellte, der erste Entschluß des Kaisers, sich von Bismarck zu trennen. Damals trat Herr v. Scholz einen längeren Urlaub an, der als der Vorläufer seiner Entlassung angesehen wurde. Jetzt, nachdem der Herzog gefallen, muß auch der Mantel nach.

Nun zu der neuen Excellenz Miquel. Persönlich aufgefaßt, bringt der 62jährige Mann, indem er das arbeits- und verantwortungsreiche, dornenvolle Amt eines preußischen Finanzministers übernimmt und den bequemen Posten des Oberbürgermeisters einer Stadt, wo man ihn geradezu verhätschelte, aufgiebt, nur ein Opfer. Mag auch der Ehrgeiz hier mitspielen, die Haupttriebfeder bleibt doch das starke Pflichtgefühl: Herr Miquel folgt dem Rufe seines Kaisers und Königs und stellt seine reiche Begabung in den Dienst des Vaterlandes. Schon seit Jahrzehnten galt Miquel als der künftige Finanzminister. Als sein Parteigenosse v. Bennigsen in den Weihnachtstagen von 1877 in Varzin beim Fürsten Bismarck weilte, war von dem Eintritt der Abgg. v. Bennigsen, Miquel und v. Stauffenberg in die Regierung Preußens bez. des Reichs die Rede. Die beiden Ersteren hätte sich Bismarck gefallen lassen, Stauffenbergen lehnte er entschieden ab. Zudem war ihm der Eintritt von gleich drei Nationalliberalen zu viel. Miquel trat eine Zeit lang vom öffentlichen Leben zurück. In Heidelberg begründete er 1884 die nationalliberale Partei auf's Neue; bekannt ist, wie ihn wiederholt der Kaiser auszeichnete. Bei dem Besuche Frankfurts brachte der Kaiser beim Festmahl im Palmengarten einen man kann sagen begeisterten Trinkspruch auf Miquel aus; auch sonst ehrte ihn der Kaiser bei jeder Gelegenheit. Man sagt, der Kaiser habe Herrn Miquel bei seinen Erlassen über den Arbeiterschutz zu Rathe gezogen und dieser habe die Schlußredaktion derselben besorgt. Das ihm angebotene Oberpräsidium der Rheinprovinz hat Miquel ausgeschlagen: ihn erwartete der Finanzministerposten.

Herr Miquel ist ein Mann von vielen Geistesgaben, ausgestattet mit Scharfblick, Finanzkenntnissen, sozialpolitischem Wissen, Sachkunde und reicher Erfahrung. Von großer Herzensgüte, milden und menschenfreundlichen Sinnes ist ihm ein einfaches bürgerliches Wesen eigen, das ihn vor jeder Ueberhebung schützt. Eigensinnig auf vorgefaßten Meinungen zu beharren, davor hat ihn sein wechselvoller politischer Entwickelungsgang bewahrt. Miquel hat sich aus einem röthlich schimmernden Demokraten der 48er Zeit in einen Staatsmann umgewandelt, dem der Kaiser ohne Bedenken die Vertretung der Finanzverwaltung des größten deutschen Bundesstaates anvertrauen kann. In der Mitte dieser seiner Laufbahn stand Miquel's Thätigkeit als juristischer Beirath der Berliner Discontogesellschaft. Wie dieses große Bankinstitut gewirkt, das hat zu vielen Beschwerden geführt. Auf Herrn Miquel fällt jedoch kein Schatten. Selbst seine Gegner rühmten von ihm die persönliche Integrität, eher ist anzunehmen, daß die unvermeidliche enge Verbindung der Berliner Discontogesellschaft mit der Börse und dem Treiben an ihr Herrn Miquel so zuwider wurde, daß er den reich besoldeten Posten eines juristischen Beiraths dieser Bank freudig aufgab, um sich der städtischen Verwaltung Frankfurts zu widmen. Wir dürfen sogar hoffen, daß die genaue Kenntniß, die Miquel von dem Wesen und Gebahren der Börse erworben hat, ihn befähigt, nunmehr hier manchem schweren Gebrechen abzuhelfen. Wie er sich zur Börsenbesteuerung stellen wird, dürfte den Prüfstein abgeben. Jedenfalls ist Miquel ganz der Mann, die am meisten ausgefahrenen Geleise der preußischen Finanzpolitik aufzugeben und die Steuerreform da zu beginnen, wo sie für Preußen am Nöthigsten ist: bei den direkten Steuern, der Einkommensteuer. Miquel wird die Scholz'sche Aufgabe wieder aufnehmen und hoffentlich zu einem besseren Ende führen. Man weiß, daß Miquel das Amt erst angenommen hat nach längeren eingehenden Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Kaiser, worin die Grundlagen nicht nur einer umfassenden Steuerreform, sondern auch der davon untrennbaren und ihre Voraussetzung bildenden Reform in der preußischen Schul- und Verwaltungsgesetzgebung vereinbart worden sind. Ueber das Verhältniß zum Schatzsekretär des Reichs sind Aufklärungen abzuwarten — mag der gute Herr Maltzahn bleiben oder durch einen Centrumsmann, Herrn v. Huene, ersetzt werden. Miquel's Eintritt mißfällt wahrscheinlich den Strengkonservativen, denn er gehörte den Nationalliberalen an. Doch sei daran erinnert, daß Miquel vor Kurzem über das ganze Parteiwesen den Stab brach, alle Parteien hätten sich überlebt, die lebendige Gegenwart und die Zukunft verlange neue Programme.

Wie zu erwarten, hat der Reichstag die Forderung für Ostafrika schweigend bewilligt, ohne ein Wort über das englisch-deutsche Abkommen zu sagen. Er kam der desfallsigen Bitte der Regierung mit einer, wie uns scheinen will, zu weit gehenden Rücksichtnahme nach. Es folgte die Berathung der Militärvorlage. Hierbei gab der Reichskanzler die erwartete Erklärung, daß die Regierung ihr Entgegenkommen, behufs Erleichterung der Militärlasten, dadurch bethätigen wolle, daß sie in diesem Herbste 600 Dispositionsurlauber mehr als sonst entläßt. Es bedeutet dies eine Ersparniß von etwa 2 Millionen. Man glaubt, daß nunmehr das ganze Centrum für die Militärvorlage eintritt. Die Windthorst'schen Resolutionen, welche die weitausschauenden, unerschwinglichen militärischen Zukunftspläne zurückweisen, die jährliche Bewilligung der Rekrutenziffer verlangen und die zweijährige Dienstzeit anbahnen, sind ihrer Annahme durch eine große Mehrheit sicher. Hr. Windthorst schmälerte das Verdienst, das er sich durch Zimmerung dieser Brücke erworben, dadurch, daß er einen gehässigen Angriff auf den italienischen Minister Crispi in seine Rede flocht. Es war dies überflüssig und übel angebracht. Der Kanzler v. Caprivi wies diese Angriffe sehr glücklich zurück.

Die französische Kammer hat sich enthalten, mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen, die Abtretung Sansibars an England vorläufig noch weiter zu besprechen. Wahrscheinlich entschädigt England Frankreich durch Abtretung einer Insel. Sansibar liegt übrigens Frankreich gar nicht sehr am Herzen; ein unangenehmsten ist den Franzosen die Abtretung Helgolands an Deutschland. Sie verlieren damit einen Hauptstützpunkt für die Seeoperationen in dem Revanchekriege. Auch hier sind die französischen Befürchtungen übertrieben: man hört jetzt, daß Deutschland gar keine Befestigungen auf Helgoland soll anlegen dürfen ohne Zustimmung der Engländer. Das mindert die strategische Bedeutung Helgolands für uns auf's Erheblichste und damit verliert das ganze englisch-deutsche Abkommen noch mehr von seinem so schon geringen Werthe.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 25. Juni.

**Berlin. Reichstag.** Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Grafen v. Bernstorff (Westf.) durch Erheben von den Plätzen und setzt dann die Berathung der Militärvorlage fort. v. d. Tecken (Welfe) verwahrt sich und seine Freunde gegen den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit. Eine Gefahr für das Reich liege aber nicht vor, die Nothwendigkeit der Heeresverstärkung könne er nicht anerkennen. Neuorganisationen dürften nur im Rahmen des Septennatsgesetzes erfolgen; sei dies nicht möglich, so müsse die Regierung die Aufhebung des Septennatsgesetzes beantragen. Die anderen Mächte würden in der Heeresverstärkung eine Provokation erblicken und gleichfalls mit Heeresverstärkungen vorgehen. Wohin soll das führen? Das könne so nicht fortgehen. Von Huene (Ctr.) vertheidigt die Resolutionen des Centrums. Es sei zugegeben worden, daß durch die Zukunftspläne, die der Kriegsminister in der Kommission entwickelte, eine Unruhe entstanden sei; da sei es Pflicht der Volksvertretung, beruhigend zu wirken, und das geschehe durch die betreffende Resolution. Die Anträge der Freisinnigen verlangten Unmögliches, während sich das Centrum mit seinen Resolutionen auf den Boden des Erreichbaren stelle. Bei der Forderung der zweijährigen Dienstzeit dürfe man nicht übersehen, daß dieselbe Ungleichheiten schaffe, indem die Infanterie nur 2, die Cavallerie u. s. w. aber 3 Jahre dienen solle. Auch würde mit Einführung derselben eine größere Anzahl junger Leute eingezogen werden; endlich würden damit höhere Kosten verursacht. Die Art, in der Herr Richter so nebenher eine Aenderung der Verfassung herbeiführen wolle, sei wenig würdig und angemessen. Nach der sachlichen Begründung der Vorlage könne die Regierung auf dieselbe nicht verzichten, denn es handele sich um die Sicherheit des Vaterlandes und was diese erfordere, werde er bewilligen. (Beifall.) Reichskanzler v. Caprivi erwiedert auf eine Bemerkung v. Huene's, er habe auf ein Eingehen auf die in der Kommission erwähnten Zukunftspläne deshalb verzichten müssen, da er hier als Vertreter der verbündeten Regierungen spreche, diese aber keine Gelegenheit gehabt hätten, sich damit zu beschäftigen. Die Erhöhung der Zahl der Dispositionsurlauber um 600 solle alljährlich eintreten, also nicht blos für dieses Jahr. Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn: Der Reichstag könne die Vorlage nur ablehnen, wenn nachgewiesen sei, daß Deutschland eine Mehrbelastung von 18 Millionen nicht tragen könne. Der Versuch dieses Nachweises durch Rickert sei vollständig mißlungen. Wenn man immer auf die höhere Belastung der letzten 10 Jahre hingewiesen habe, so sollte man doch auch die eingetretenen Erleichterungen nicht außer Acht lassen. In Preußen betrügen dieselben 73 Millionen. Für die nächsten Jahre seien die Mittel vorhanden, die Ausgaben zu decken. Für die fernere Zukunft sei ein bestimmter Plan noch nicht möglich, da das Bedürfniß bez. die Zeit des Eintretens desselben noch nicht festgestellt sei. Insbesondere lasse sich noch nicht bestimmt übersehen, wie hoch sich die Ansprüche infolge der Alters- und Invalidenversorgung belaufen werden. Eine Aufhebung der Getreidezölle wäre unter diesen Umständen nicht rathsam. Bezüglich der Zuckersteuer seien wir durch das Abkommen der Londoner Konferenz vorläufig gebunden. Bebel (Soz.dem.): Nach der gestrigen Rede Windthorst's sei das Centrum auf dem Wege, Regierungs-Partei sans phrase zu werden. Ich habe seine Versprechungen bei den Wahlen vergessen. Die Ablehnung der Vorlage erschüttere nicht den Bestand des Reiches. Der Gedanke einer allgemeinen militärischen Abrüstung sei sympathisch, aber bei der bestehenden Stimmung in den herrschenden Kreisen nicht realisirbar. Die gegenwärtige Lage der Dinge sei durch die Annexion Elsaß-Lothringens geschaffen. Dieselbe habe zu dem Bündniß Frankreich mit Rußland geführt. Deutschland sei beiden gegenüber stark genug. Rußland könne einen Vertheidigungskrieg erfolgreich führen, nicht aber einen Angriffskrieg. Aehnlich liegen die Dinge für Frankreich. Prinzipiell sei es richtig, alle waffenfähigen Deutschen auszubilden. Die Dienstzeit sei aber zu lang und das Institut der Einjährig-Freiwilligen, das nur den Besitzenden zu Gute komme, beweise die Möglichkeit für eine bedeutende Verkürzung der Dienstzeit. Der übermäßige Paradedrill werde mit Recht getadelt. Man sollte die Freudigkeit am Soldatenberuf fördern, dann würden auch die Selbstmorde in der Armee aufhören. Das Messing an den Uniformen sei zu beseitigen. Es sei überflüssiger Prunk und Flitter und gefährde das Leben der Soldaten im Kriege. Die Erklärung des Schatzsekretärs, daß die Getreidezölle eiserner Fonds in den Reichseinnahmen sein soll, werde böses Blut machen. Die ärmeren Volksklassen trügen alle Lasten der Vorlage allein, die Blut- und die Geldsteuer. Die Resolutionen Windthorst's seien nur Dekorationen. Bei solcher Coulissenschieberei thun die Sozialdemokraten nicht mit. 6000 Mann Dispositionsurlauber mehr seien keine Kompensation. Kriegsminister v. Verdy du Vernois weist die Angriffe Bebels auf die Armee zurück. Die Zahl der Selbstmorde habe in erfreulichster Weise abgenommen. Die Reichslande an Frankreich zurückgeben, hieße Frankreich ein bequemes Ausfallthor gegen uns preisgeben, unsere Wehrkraft schwächen und die Wehrkraft Frankreichs stärken. (Sehr richtig.) Wenn im amerikanischen Kriege einer der streitenden Theile über eine gute Armee hätte verfügen können, so würde der Krieg schnell und mit geringen Opfern beendet worden sein. Sonnen wir uns nicht am Ruhm des großen Krieges. Die Verhältnisse von damals sind andere geworden. Die Lage sei für uns sehr ernst. Die Vorlage schaffe für uns dieselbe Grundlage, die in Frankreich gesetzlich bestehe. Die Zustimmung der Vorlage binde Niemand für etwa künftige Forderungen. Ueber die Möglichkeit der zweijährigen Dienstzeit seien die Gutachten der kommandirenden Generale und aller höheren Offiziere eingeholt worden. Es lägen 240 Gutachten der berufendsten Offiziere vor. Davon spricht sich einer für die Möglichkeit, alle anderen dagegen aus. (Hört! hört!) Auch in der Artillerie sei Frankreich uns überlegen. Es werde nur das Nothwendigste gefordert. Man möge keine Kraftprobe versuchen und keine Handelsartikel schaffen. (Beifall.) Frhr. v. Marschall (kons.): Unser Verhältniß zu Frankreich würde kein besseres sein, wenn wir ihm die Reichslande gelassen hätten. Die Niederlage allein beherrsche dies heut' und spanne es immer von Neuem gegen uns an. Merkwürdig sei, daß die Herren links ihre Zustimmung von Einrichtungen abhängig machten, die noch mehr kosten würden als die Vorlage. Dr. v. Komierowski (Pole): Obwohl die Steuerkraft auf's Höchste angespannt sei und die Polen in ihren heiligsten Rechten gekränkt wären, würden sie doch für die Vorlage stimmen, weil sie gewohnt seien, für Thron und Altar einzutreten. (Lebhafter Beifall.) Weiterberathung morgen. Wahlprüfungen.

**Berlin.** Gestern Nachmittag hatte Major Wißmann dem Kaiser während dessen Rückfahrt nach Potsdam Vortrag gehalten und nach Aufhebung der Tafel überreichte er dem Kaiser im Beisein des deutschen Wali von Vanganí, Soliman Tennasser, einen prachtvollen afrikanischen Säbel. — Der Handelsminister v. Berlepsch empfing eine Deputation rheinischer Industrieller, die wegen der Mac Kinley-Bill vorstellig wurde. Der Minister versprach, untersuchen zu lassen, ob es möglich sei, etwas gegen das Zustandekommen der Bill zu thun. Er wird deshalb mit dem Reichskanzler in Verbindung treten. — Die Unterhandlungen mit dem Sulten v. Sansibar über die Abtretung des ostafrikanischen Küstengebietes an Deutschland sollen soweit gediehen sein, daß die Cession bald zu erwarten ist. — Die Führer der Nationalliberalen in Kaiserslautern, in welchem Wahlkreise das Reichstagsmandat infolge Dr. Miquel's Ernennung zum Finanzminister freigeworden ist, wollen an den Fürsten Bismarck die Anfrage richten, ob er ein Reichstagsmandat für Kaiserslautern übernehmen wolle. — Man hofft, die Reichstagssession am 5. Juli vertagen zu können. — Die 2. Berathung des Nachtragsetats (Beamtenbesoldung) soll am Freitag auf die Tagesordnung kommen. Am Sonnabend würde dann die 3. Berathung der Militärvorlage stattfinden. — Nach einem letzten Briefe Dr. Peters vom 5. April wird Dr. Peters dieser Tage an der Küste erscheinen. Der Brief bestätigt die Wiedereinsetzung des Königs Mwanga in Uganda.

**Kiel.** Um halb 2 Uhr begab sich der Kaiser mit Prinz Heinrich nach der Holtenau zur Besichtigung der Arbeiten am Nordostseekanal bis Achterwehr.

**Paris.** Aus Brest wird gemeldet, daß gestern, als sich Tausende von Ausflüglern den dort anlegenden Dampfbooten zudrängten, plötzlich die Landungsbrücke zusammenbrach und über 100 Personen in's Wasser stürzten. Die Zahl der Ertrunkenen ist noch nicht festgestellt.

**Die Berliner Börse** setzte in sehr reservirter Haltung ein; die Kurse schwächten sich bald ab. Von Banken erhielten sich nur Dresdner fest. Für deutsche Bahnen bestand bessere Tendenz, österreichische waren wenig beachtet. Bergwerke setzten niedriger ein und gaben bald weiter nach. Die Nachricht von der Erhöhung der schlesischen Kohlenpreise wird dementirt. Fremde Renten wenig verändert. Im Spätverlaufe befestigte sich die Tendenz, doch blieb das Geschäft ruhig. Im Cassaverkehre waren Banken behauptet, deutsche Bahnen belebt und höher, auch österreichische recht fest; Bergwerke gleichfalls fest. Für Industrieen bestand wenig Interesse. Schwarzkopf 1 Proz. höher, Sächsische Maschinenfabrik 1¼ Proz. niedriger; österreichische Prioritäten behauptet. Privatdiscont 2¾ Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Vormittag bedeckt, Nachmittags aufgeklärt und wärmer. Nord-West-Wind.

**Frankfurt a. M.** (Abends.) Kredit 264,25. Staatsb. 201,75. Lomb. 129,60. Galizier 173,50. Gotthard 97,50. Disc.-Ges. 189,50. Diskonto 221,70. Dresdn. Bk. 155,90. Laura 144,90. Italiener —,—. Feh.

**Paris.** (Schluß.) Rente 91,85. Anleihe 106,50. Italiener 96,35. Staatsbahn 513,75. Lombarden 301,25. do. Prioritäten —. Spanier 76¼. Egypter 485,62. Ottomanen 610,00. Suezkanal —,—. Rubig.

**Paris.** Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 25,70, per Septbr.-Decbr. 23,60, ruhig. Roggen per Juni 36,25, per Septbr.-Decbr. 37,50, still. Rüböl per Juni 69,50, per September-December 66,50, ruhig.

**Amsterdam.** Produkten (Schluß). Weizen per November 127. Roggen per October 123, per März 121.

**London** (Produkten-Bericht). Englischer Weizen eher knapp, fremder unverändert, wenig Nachfrage. Mehrpreis trägest, unverändert. — Wetter: Prachtvoll.

## Oertliches und Sächsisches.

— Se. Exc. Kriegsminister Graf **Fabrice** hat sich gestern Vormittag zum Kurgebrauch nach Kissingen begeben.

— Die Kreishauptmannschaft Bautzen als Konsistorialbehörde hat den drei Mitgliedern des Kirchenvorstandes in **Burkau**: Gemeindevorstand Heinrich König, Gärtner und Mitbesitzer von Kleinburkau Friedrich Berger und Maschinenbauer August Leuthold in Anerkennung ihrer langjährigen Thätigkeit und ihrer Treue in diesem kirchlichen Dienste Belobigungsdekrete verliehen.

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Pauchnerstr. 41/42).
Butter täglich 3 Mal frisch.